

§ 13
Irrtum

(1) Wer bei seinem Handeln das Vorhandensein von Tatumständen nicht kannte, welche zum gesetzlichen Tatbestand gehören oder die Strafbarkeit erhöhen, dem sind diese Umstände nicht zuzurechnen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen fahrlässiger Schuld wird dadurch nicht berührt.

(2) Für fahrlässige Handlungen gilt Absatz 1 nur, wenn die Unkenntnis der Tatumstände nicht auf Fahrlässigkeit beruht.

1. **Tatumstände** sind alle im gesetzlichen Tatbestand bezeichneten Merkmale einer Tat einschließlich des Zusammenhangs zwischen Tat und Folgen. Verlangt ein Tatbestand eine besondere Pflichtenkenntnis, entfällt der Vorsatz, wenn dem Handelnden diese Pflichten nicht bekannt waren. Wichtig ist dies bei den Bestimmungen, die sich auf rechtliche Regeln außerhalb des Strafrechts beziehen. Mangelnde Pflichtenkenntnis schließt gemäß § 8 Abs. 2 jedoch nicht die Fahrlässigkeit aus. Bei einem Diebstahl liegt nur dann ein Irrtum über gesetzliche Tatumstände vor, wenn der Täter irrtümlich annahm, daß die Sache, die er wegnimmt, seine eigene ist.²

2. **Vorsatzbefreiend** wirkt ein Irrtum nur, wenn er sich auf strafbegründende oder straferschwerende Umstände bezieht. Hat der Täter einen Umstand übersehen, der für ihn strafmildernd oder gar strafbefreiend wirkt, so trifft ihn kein Nachteil, da nach sozialistischem Recht ein Mensch nur für das zur Verantwortung gezogen

wird, was er getan hat, nicht aber für das, was er sich gedacht hat.

3. Eine besondere Problematik ist der **Irrtum über den kausalen Verlauf** des Geschehens, das der Täter in Gang gesetzt hat. Irrtümer, die sich nur auf die Form des Kausalverlaufs auswirken, aber nicht die entscheidende wesentliche und zugleich angestrebte Wirkung betreffen, bleiben strafrechtlich belanglos. Der Irrtum, daß bereits ein Schlag die erzielte Wirkung haben wird, ist unerheblich. Erheblich wird der Irrtum jedoch, wenn eine andere Wirkung eintritt, als der Täter sich vorgestellt hat (z. B. der beabsichtigte leichte Stoß führt zu schwerer Körperverletzung, die überhaupt nicht angestrebt wurde); in solchen Fällen ist zu prüfen, ob Fahrlässigkeit vorliegt.

4. § 157 Abs. 3 enthält eine spezielle Regelung des Irrtums bei Angriffen gegen das sozialistische Eigentum.

§14.

**Schuld-minderung
durch außergewöhnliche Umstände**

Ist das Verschulden des Täters infolge unverschuldeten Affekts oder anderer außergewöhnlicher objektiver und subjektiver Umstände, die seine Entscheidungsfähigkeit beeinflußt haben, nur gering, kann die Strafe nach den Grundsätzen über die außergewöhnliche Strafmilderung herabgesetzt und bei Vergehen kann von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abgesehen werden.¹

1. Diese Bestimmung gewährleistet eine gesellschaftsgemäßem Verhalten in einem sol-
Einschätzung der Straftat und ein entsprechen Maße beeinträchtigt war, daß seine
Fähigkeit des Täters zu besonnenem, ge-
Schuld gering ist.
§ 14 regelt die Schuld-minderung auf Grund